

Weipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N^o 302.

Sonntag den 28. October.

1860.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß in Folge von Discontinuationen, Neubauen und sonstigen Veränderungen eine Regulirung der Straßennummern in der **Plagwiser, Wiesen-, Promenaden-, Kurzen, Dresdner, Königs- und Tauchaer Straße**, vor dem **Windmühlenthor**, am **Löhres Platz**, in der **Querstraße**, dem **Läubchenweg**, der **Mühlgasse**, am **Obstmarkt**, in der **Bosen- und Egelstraße** sich nothwendig gemacht hat, und daß diese im gegenwärtigen Monate dergestalt in Ausführung gebracht worden ist, daß die fortlaufenden Nummern auf der linken Seite jeder Straße, vom dem Mittelpunkt der Stadt aus gerechnet, mit der Straßennummer 1 beginnen.

Leipzig am 25. October 1860.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Berger.

G. Wähler.

Verhandlungen der Stadtverordneten

am 24. October 1860.

(Auf Grund des Protokolls bearbeitet und veröffentlicht.)
(Fortsetzung und Schluß.)

Herr Dr. Heyner erklärte sich für das Ausschussgutachten, obgleich einige Pächter von Gärten dadurch hart betroffen werden würden. Er befürchtete aber, daß nach dem neuen Projecte die Königsstraße eine Sadgasse werden solle, was sowohl aus Schönheitsrücksichten, als aus Rücksichten auf den Verkehr zu bedauern sei. Seien hier die von Herrn Stadtrath Felsche expachteten Grundstücke ein Hinderniß, so werde es besser sein, die vertragsmäßige Entschädigung zu zahlen.

Herr Referent Häckel widerlegte diese Befürchtungen durch Hinweis auf den Plan und die Bemerkung, daß der hintere Theil der in Frage befangenen Gärten, welche bei der Verlängerung der Königsstraße allenfalls in Frage kommen könnten, in den längeren Felsche'schen Pachtvertrag nicht falle.

Herr St.-R. Hempel hielt die Aufstellung eines specielleren Planes über die Gestaltung des ganzen dortigen Anbaues für nöthig, die Ausführung des Projectes selbst aber für noch nicht an der Zeit.

Herr Adv. Helfer wünschte vor Allem die Fortführung der Königsstraße gesichert zu sehen.

Herr Adv. Klein wies auf den Werth der Plätze hin, welcher an sich schon ein Vorgehen mit der Veräußerung rechtfertige. Im Uebrigen aber erachtete er den Vorschlag des Ausschusses, daß bei diesen Plätzen die Zahlung eines zweiten Viertheils des Kaufpreises nicht verlangt werde, dafern binnen 2 Jahren der Bau nicht in Angriff genommen worden — für unzureichend, und die genaue Bestimmung einer Frist, nach deren Ablauf jene Zahlung gefällig werde, für nothwendig.

Herr Dr. Heine glaubte sowohl nach dem Plane, als auch nach der ganzen Situation die Fortführung der Königsstraße nicht in Zweifel ziehen zu können.

Herr Dr. Heyner entgegnete auf Herrn Hempel's Bemerkungen: die Stadtverordneten selbst seien es gewesen, welche früher auf bessere Verwerthung der Grundstücke durch Veräußerung gedrungen, daher jetzt von den früheren Anträgen nicht wieder zurücktreten könnten. Er beantragte aber:

die Zustimmung an die Bedingung zu knüpfen, daß die Fortführung der Königsstraße vorgesehen werde.

Der Antrag wurde unterstützt.

Herr Dr. Reclam fand die Gewährung einer Entschädigung an Herrn Stadtrath Felsche für vortheilhaft, dafern man das Areal zu angemessenen Anlagen brauche. Das Eis für die Krankenhäuser lasse sich jetzt leichter beschaffen und billiger aufbewahren als in Kellern.

Herr Cavael bestätigte ebenfalls, daß die Fortführung der Königsstraße durch den Felsche'schen Pacht nicht verhindert sei, und der Herr Referent bekräftigte dies unter Hinweis auf die Mittheilung des Rathes. Anlangend die Bemerkung des Herrn

Adv. Klein wegen der Bauzeit, so fügte der Herr Referent hinzu, daß der Ausschuss bei seinem Antrage hauptsächlich Acquirenten aus dem Mittelstande, die durch etwa eintretende ungünstige Verhältnisse in Verlegenheit kommen könnten, im Auge gehabt habe. Herr Adv. Winter hielt die Vorlage ausführlicher Situationspläne über die ganze Parcellirung des Johannisthales für erforderlich.

Herr Adv. Klein beantragte, für den Bauanfang eine Zeit von 4 Jahren zu normiren, ein Antrag, welcher Unterstützung fand.

Herr Dr. Heine bezeichnete es als das einzig Wesentliche, vortheilhafte Preise für die Plätze zu erlangen. Die Bestimmung einer festen Bauzeit hielt er für überflüssig, da der eigene Vortheil die Käufer von selbst treiben werde, so bald als möglich zu bauen. Niemand werde seine Anzahlung im Stiche lassen. Das Bauen selbst aber möge man erleichtern und keine harten Bedingungen stellen, da wie bemerkt eine Gefahr gar nicht vorliege.

Andererseits erklärte es Herr Adv. Klein für eine juristische Nothwendigkeit, einen bestimmten Zahlungsstermin festzuhalten oder eine gegenseitige Kündigungsfrist für die Kaufgeldrückstände zu vereinbaren.

Herr Dr. Loose beantragte, die Beschlußnahme bis nach Aufstellung speciellerer Pläne auszusetzen.

Der Antrag wurde ebenfalls unterstützt, von Herrn Bieweg aber als unnöthig bezeichnet und das Project, namentlich in Hinblick auf die sich darbietende Gelegenheit, kleineren Gewerbetreibenden einen zum Geschäftsbetrieb passenden Grundbesitz zu vermitteln, angelegentlich empfohlen.

Auch Herr Dr. Heyner erklärte sich gegen jede Verschiebung, da vielmehr zu wünschen sei, daß der Stadtrath recht bald mit der Verwerthung auch anderer Grundstücke — z. B. des Hermann'schen — vorgehe.

Zum Schluß sprechend, warnte der Herr Referent vor Annahme des Antrags des Herrn Dr. Loose, da der mitgetheilte Plan und die Zuschrift des Stadtraths alle gewünschten Aufschlüsse an die Hand gäben.

Nachdem der Vorsteher bemerkt hatte, daß Mitglieder, welche als Gartenpächter betheiliget wären, sich der Abstimmung zu enthalten hätten, wurde zunächst der Antrag des Herrn Dr. Loose mit überwiegender Stimmenmehrheit abgeworfen.

Die Beschlüsse des Rathes bezüglich der Parzellirung und des Schleusenbaues auf Kosten des Johannishospitals fanden einstimmige Annahme. Den Antrag des Herrn Dr. Heyner machte die Verammlung mit überwiegender Stimmenmehrheit zu dem ihrigen.

Der Antrag des Ausschusses wegen der Zahlungsbedingungen wurde gegen 10 Stimmen angenommen — wodurch sich der Klein'sche Antrag erledigte, — der Antrag wegen der Modalität künftiger Licitationen aber einstimmig genehmigt.

Es folgte der durch Herrn Eichorius vertretene Bericht des Finanzausschusses über